

Pressemitteilung

21.09.2009

Ansprechpartnerin: Dr. Anette Reil-Held
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit

MEA - Universität Mannheim

Tel: +49-621-181-1820 oder -1862 (Sekretariat)

Fax +49-621-181-1863

reil-held@mea.uni-mannheim.de

<http://www.mea.uni-mannheim.de>

Finanzkrise wertet auch die gesetzliche Rente ab

Die Finanz- und Wirtschaftskrise wirkt sich auch auf die Gesetzliche Rentenversicherung, ihre Beitragszahler und Rentner aus. Das zeigen die Ergebnisse einer neuen Studie des Mannheimer Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA), die heute auf der Pressekonferenz des Instituts in Berlin vorgestellt wurde. „Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Rentenversicherung machen sich in den nächsten 10 Jahren in Form eines um etwa 0,5 Prozentpunkte höheren Beitragssatzes sowie Einbußen bei den Rentenanpassungen deutlich bemerkbar. Die gesetzliche Rente wird langfristig für Babyboomer und Jüngere je nach Ablauf der Krise um etwa 6 bis 9 Prozent niedriger ausfallen als es der Rentenversicherungsbericht 2008 vor Jahresfrist noch prognostizierte“, fasst Prof. Axel Börsch-Supan, Direktor des MEA, die wichtigsten Ergebnisse der Studie zusammen.

Die Hauptursache für die langfristigen Auswirkungen liegt im Ausfall der Lohn-einkommen während der Finanz- und Wirtschaftskrise. Vermittelt über die Rentenanpassungsformel werden daher auch die Rentenzahlungen permanent geringer sein. „Auch die Rentengarantie kann diese langfristigen Wirkungen nicht vermeiden; sie verschärft aber den Druck auf den Beitragssatz“, wirft Börsch-Supan gegen eine populäre Fehleinschätzung ein.

Am stärksten betroffen von der Krise sind die Jahrgänge, die bereits über viele Jahre vor der Krise Vermögen in Form von Entgeltpunkten angesammelt haben. Ihr „Rentenvermögen“ wird am stärksten abgewertet, so dass sich ihre implizite Rendite – also das Verhältnis von Rentenleistungen zu Rentenbeiträgen – um bis zu 0,3 Prozentpunkte verringert. Allerdings genießen diese Jahrgänge auch dann immer noch ein hohes Renditeniveau. Die wegen der Bevölkerungsalterung ohnehin niedrigeren Renditen der jüngeren Jahrgänge werden hingegen zusätzlich durch die Rentengarantie geschmälert, denn diese Jahrgänge müssen die Kosten der Garantie in Form höherer Beitragssätze zahlen. „Die MEA-Studie zeigt, dass die Rentengarantie den Beitragssatz um weitere 0,4 bis 0,7 Prozentpunkte erhöhen könnte“, warnt Prof. Börsch-Supan.

Kein Rentensystem kann gegenüber einer Wirtschaftskrise immun sein. Eine solch massive Krise betrifft alle Geburtsjahrgänge, die zur Zeit der Krise Beitragszahler oder Rentner sind. Gesetzliche und private Rentenversicherungen sitzen in dieser Beziehung in einem Boot.

Die ausführlichen Studienergebnisse **„Auswirkungen der Finanzkrise auf die Gesetzliche Rentenversicherung, ihre Beitragszahler und ihre Rentner“** können Sie auf der MEA-Homepage www.mea.uni-mannheim.de nachlesen.